

Bezirkslehrerausschuss in Tempelhof – Schöneberg



Beschluss des Bezirkslehrerausschusses vom 21.2.2019

Der Bezirkslehrerausschuss Tempelhof-Schöneberg gibt zum Maßnahmenpaket der Senatorin Scheeres, der Öffentlichkeit vorgestellt am 23.01.19, folgende Stellungnahme ab:

Die Maßnahmen aus dem strategischen Rahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gehen zum großen Teil am Ziel einer verbesserten Unterrichtsqualität in Berlin vorbei.

Die an Schule Beschäftigten geben im Interesse der Schülerinnen und Schüler bereits, was sie können. Sie gehen bei Belastungen über ihre Grenzen. Der Ansatz von SenBJF bei den 39 Maßnahmen zielt auf eine Intensivierung und zeitliche Verdichtung der Leistung von Beschäftigten, nicht auf Verbesserung der Lehr- und damit der Lernbedingungen. Die Intensivierung soll durch engmaschige Kontrolle und Druck erreicht werden. Das nennt die Verwaltung erhöhte Verbindlichkeit.

Sollten für die vielen arbeitsverdichtenden Aufgaben keine Entlastungsmaßnahmen erfolgen, ist die Konsequenz Qualitätsverlust in der Fläche.

Äußere Bedingungen für den Unterricht wie Schulbau, Sanierung, Reinigung werden nicht in den Fokus genommen, sind aber für Qualität ebenso wichtig wie die inneren Bedingungen.

Folgende Punkte fallen als besonders problematisch auf:

1. Die Stundentafel bei akuter Personalnot zu erweitern, führt zu verschärfter Belastung. Das Kerngeschäft Unterricht muss durch qualifiziertes Personal erst gewährleistet werden, bevor mehr verordnet wird. Die Lage an den Schulen im sozialen Brennpunkt muss viel stärker berücksichtigt werden.
2. Die sogenannten Schulverträge sind ein wenig geeignetes Instrument zu Erhöhung der Lernqualität. Eine Schule ist kein juristisches Subjekt, welches mit übergeordneten Dienststellen Verträge abschließen könnte. Zudem werden die Schulen verpflichtet, ohne Zuweisung zusätzlicher zeitlicher Ressourcen höhere Leistungen zu erbringen. Das kann nicht funktionieren und erweckt den Eindruck, dass ohne vertraglichen Zwang die Beschäftigten sich nicht richtig anstrengen würden.
3. Eine weitere Vorentlastung des Mathematikunterrichts durch die Kitas ist unter den gegebenen Umständen nicht möglich. Auch dort herrscht Personalnot und zu hohe Arbeitsbelastung. Neue Aufgaben können sie so nicht übernehmen.
4. Das Maßnahmenpaket wurde nicht im Dialog mit den Beschäftigten entwickelt. Gewerkschaften und Verbände wurden nicht hinzugezogen. Wir finden das bedauerlich und hier besteht ein ursächlicher Zusammenhang für die Mängel, welche die Maßnahmen in der praktischen Durchführung aufweisen werden.

Wir fordern die Senatorin auf, mit den Beschäftigten der Bezirke in einen konstruktiven Dialog über ihr Maßnahmenpaket zu treten. Wir bieten eine Debatte auf einer unserer nächsten Sitzungen an.